



Ashaninka, Foto: Eliane Fernandes Ferreira

Das tut die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Die GfbV dokumentiert Hintergründe und Entwicklungen und macht auf die alarmierende Zerstörung der indigenen Lebensräume in Brasilien aufmerksam. Mit Protestaktionen, Appellen und Veranstaltungen setzen wir uns mit Betroffenen für die Anerkennung und den Schutz ihrer Rechte ein. Um die indigenen Gemeinschaften zu unterstützen, suchen wir mit ihren Repräsentanten das Gespräch mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik.

Das fordern wir für die indigenen Völker Brasiliens:

- Registrierung und Markierung der Grenzen ihres Landes
- Mitbestimmung bei Eingriffen in ihr Territorium
- Stopp der Zerstörung des Regenwalds

Bitte beteiligen Sie sich an den aktuellen Appellen auf unserer Homepage www.gfbv.de!

Protestversammlung der Guarani Kaiowá, Foto: Egon Heck CIMI



Sommer 2016

INDIGENE VÖLKER BRASILIENS

HELFEN SIE DEN INDIGENEN VÖLKERN IN BRASILIEN!

Lesen. Informieren. Weitersagen. Mitmachen. Einfluss nehmen.

Auf www.gfbv.de oder fordern Sie unser kostenloses Infomaterial an!

SIE MÖCHTEN MEHR FÜR MENSCHENRECHTE UND MINDERHEITEN TUN?

Jede Spende hilft!
Treten Sie dem Kreis unserer Mitglieder und Förderer bei.
Wir senden Ihnen gern kostenlos mehr Informationsmaterial.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070
(BIC) BFSWDE33HAN



Foto: Identidade Diversidade/Flickr.com

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024 • D-37010 Göttingen
Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat



Ihre Spende kommt an!

BRASILIEN
SPIELT MIT DEM FEUER!





Indigene Völker Brasiliens: Ashaninka, Yanomami, Enawne Nawe - Fotos: Eliane Fernandes Ferreira, GfbV-Archiv, Flickr.com



„Die indigenen Völker wollen Entwicklung, solange diese unsere Umwelt, unsere Kultur und vor allem unsere Mutter Erde respektiert.“

Almir Suruí, Vereinigung der indigenen Organisationen des brasilianischen Amazonas COIAB

Suruí-Junge, Foto: GfbV-Archiv

Immer schneller schrumpft der Amazonas-Regenwald. Urwaldriesen werden auch auf indianischem Land abgeholzt, um dort Soja, Mais und Zuckerrohr anzubauen. Daraus werden u.a. Biodiesel und Futtermittel auch für deutsche Massentierhaltung hergestellt. Jährlich werden ca. 34 Millionen Tonnen Soja in die EU verschifft. Auf einer Fläche, die fast so groß ist wie Deutschland, dehnen sich in Brasilien Soja-Monokulturen aus. Riesige Waldflächen verschwinden in Stauseen, werden für Viehweiden und Ölpalmpflanzungen kahlgeschlagen. Die Satellitendaten des brasilianischen Nationalinstituts für Weltraumforschung (INPE) zeigen, dass dort zwischen 2002 und 2013 161.000 Quadratkilometer Regenwald abgeholzt wurden. Das ist trauriger Weltrekord. Experten berechneten, dass der Amazonasregenwald - wenn sich nichts ändert - im Jahr 2030 zu 40 Prozent zerstört sein wird. Sie befürchten, dass dadurch bis zu 100 Milliarden Tonnen CO2 freigesetzt werden - mit verheerenden Folgen für das Weltklima.

Landraub und Gewalt

Die Verfassung Brasiliens garantiert den indigenen Völkern das Recht auf das traditionell von ihnen besiedelte Land, die Respektierung ihrer sozialen Organisationen, Kultur, Sprachen und Religionen. Das Land liefert ihnen Wasser, Nahrung, einen Ort zum Leben. Es ist ihre Kirche und ihr Supermarkt. Derzeit gibt es in Brasilien 690 anerkannte indigene Gebiete. Davon befinden sich 98 Prozent in Amazonien. Doch sogar die entlegensten Regionen sind bedroht. Die Regenwaldbewohner werden immer öfter von illegalen Holzfällern, Agrarkonzernen oder Öl- und Gasfirmen gewaltsam vertrieben. 2014 starben allein 138 indigene Umweltaktivisten bei Auseinandersetzungen um Land. Armut und Landraub haben viele Indianer in die Elendsviertel der Städte getrieben. Die umstrittene Verfassungsänderung PEC 215 will die Landrechte indigener Völker weiter schwächen und aushöhlen.

Staudämme vertreiben Indigene

Brasilien deckt fast 80 Prozent seines Strombedarfs durch Wasserkraft. Doch klimafreundlich sind Staudämme nicht. Denn die überflutete Vegetation verrottet unter Wasser und riesige Mengen Methan werden freigesetzt, mit fatalen Folgen für die Klimaerwärmung. Viele der Projekte entziehen Flussanwohnern die Lebensgrundlage und verstößen gegen das UN-Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung. Besonders umstritten war der Bau des Belo-Monte-Staudamms im nordbrasilianischen Bundesstaat Pará. Der Stausee bei Altamira am Rio Xingu wurde im Mai 2016 geflutet. Das Wasserkraftwerk nahm im Juni 2016 den Betrieb auf. Das Wasserkraftwerk wurde in Betrieb genommen. Als

drittgrößter Staudamm der Welt hat Belo Monte gravierende ökologische und soziale Konsequenzen für mehr als 40.000 Menschen. Angemessen entschädigt werden sie nicht. Obwohl es die brasilianische Verfassung vorsieht, wurde beim Genehmigungsverfahren keines der zehn betroffenen indigenen Völker gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt. Auch deutsche Konzerne wie Daimler, Siemens, Voith, Allianz und Münchner Rück profitieren von dem Projekt. Insgesamt gehen rund 1,3 Milliarden Euro Gewinn an europäische Konzerne.

Mehr als 80.000 Menschen werden von dem geplanten Staudamm São Luiz do Tapajós in Nordbrasilien betroffen sein, unter ihnen auch die Munduruku. Rund 37.600 Hektar Amazonaswald würden durch den Staudamm von der Landkarte verschwinden. Die Munduruku und viele weitere Flussanwohner müssten zwangsumgesiedelt werden, die Artenvielfalt ist bedroht. Doch mit ihrem Widerstand waren die Munduruku 2016 erfolgreich. Das Tapajos-Projekt wurde erst einmal gestoppt, nachdem die Behörde für indigene Angelegenheiten FUNAI Teile ihres Territoriums anerkannt hatte.

„Europa spielt bei dem, was in Brasilien ... passiert, die Rolle des Komplizen. Wer kauft denn die Früchte aus der Bewässerungslandwirtschaft? Wer kauft denn heute den Agrotreibstoff? Solidarität allein genügt nicht. In Europa muss sich die öffentliche Meinung erheben und Druck dagegen ausüben, dass ... die Stimme der Kleinbauern, Quilombolas (Afrobrasilianer) und Indigenen ignoriert wird.“
Dom Tomás Balduino - Diözese Goiás Mai 2008